

**Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung**

**Wortprotokoll
19. Sitzung**

Mittwoch, 20. September 2006, 11.40 bis 13.05 Uhr

11011 Berlin, Platz der Republik

Sitzungssaal: Paul-Löbe-Haus, E.800

Vorsitz: Thilo Hoppe, MdB

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Öffentliche Anhörung zum Thema

„Rohstoffökonomien - Auswirkungen auf Entwicklungsländer“

Sachverständige:

Jürgen W. Cuno

Deutsche BP AG, Berlin

Enno Harks

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Ebenhausen

Patrick Alley

Global Witness, London

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Ausschusses

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

CDU/CSU

Dr. Bauer, Wolf
Fischer (Göttingen), Hartwig
Hübinger, Anette
Klimke, Jürgen
Müller (Gera), Bernward
Dr. Nüßlein, Georg
Pfeiffer, Sibylle
Dr. Ruck, Christian

SPD

Groneberg, Gabriele
Dr. Kofler, Bärbel
Dr. Raabe, Sascha
Riemann-Hanewinkel, Christel
Riester, Walter
Dr. Staffelt, Ditmar
Weigel, Andreas
Dr. Wodarg, Wolfgang

FDP

Dr. Addicks, Karl
Königshaus, Hellmut

DIE LINKE.

Aydin, Hüseyin-Kenan
Hänsel, Heike

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hoppe, Thilo
Koczy, Ute

Stellv. Mitglieder des Ausschusses

CDU/CSU

Borchert, Jochen
Dr. Brauksiepe, Ralf
Flosbach, Klaus-Peter
Frankenhauser, Herbert
Fuchtel, Hans-Joachim
Geis, Norbert
Götz, Peter
Vaatz, Arnold

SPD

Drobinski-Weiß, Elvira
Dzembitzki, Detlef
Hoffmann, Iris
Kolbow, Walter
Schwabe, Frank
Uhl, Hans-Jürgen
Vogelsänger, Jörg
Wegener, Hedi

FDP

Ackermann, Jens
Leibrecht, Harald

DIE LINKE.

Jelpke, Ulla
Ulrich, Alexander

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kurth (Quedlinburg), Undine
Ströbele, Hans-Christian

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Beginn der Sitzung: 11.40 Uhr

Der Vorsitzende, Abg. Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Liebe Kollegen, ich begrüße Sie recht herzlich zur 19. Sitzung des Entwicklungsausschusses. Einziges Thema der 19. Sitzung ist die öffentliche Anhörung zum Thema „Rohstoffökonomien – Auswirkungen auf Entwicklungsländer“. Wir haben schon viele Debatten geführt, in denen gerade der große Rohstoffhunger der aufstrebenden Schwellenländer China und Indien mit seinen teilweise auch sehr negativen Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, auf die Ressourcen, aber teilweise auch mit positiven Effekten – zusätzliche Einnahmequellen für Entwicklungsländern – diskutiert wurde. Ein wichtiges Thema für die heutige Anhörung.

Ich begrüße die Parlamentarische Staatssekretärin Karin Kortmann und Patrick Alley von Global Witness in London ganz herzlich. Vielen Dank, dass Sie zu uns gekommen sind. Ich begrüße Jürgen W. Cuno von der Deutschen BP AG aus Berlin und Enno Harks von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Ich bedanke mich ganz herzlich bei der Kollegin Ute Koczy, die den Anstoß für diese Anhörung gegeben hatte und bei den Berichterstattem aller Fraktionen, die Ideen, Anregungen und Fragen mit eingebracht haben. Wir beginnen mit Herrn Alley von Global Witness und bitten ihn um sein Statement und die Beantwortung der Fragen, die wir eingereicht haben. Ich kann schon gleich sagen, dass für uns immer das Wichtigste und das Zukunftsweisende ist, was Sie der Politik an Anregungen und Wünschen mit auf den Weg geben wollen.

Patrick Alley, Global Witness: Vielen Dank. Ich möchte nicht alle Details beleuchten, was die natürlichen Ressourcen anbelangt, das steht ja in den Dokumenten. Ich möchte ganz kurz zusammenfassen, dass es eine große Diskussion über den Fluch der Ressourcen gibt. Wir sind der Ansicht, dass Ressourcen an sich neutral sind. Aber es kann Fluch oder Segen sein, was man damit macht. Die größte Bedrohung, das wissen wir, sind Korruption der Regierungen, Konflikte in diesen Regierungen und Eigeninteresse bestimmter Mächte.

Es gibt Probleme, was den Zugang zu Ressourcen betrifft: Erstens: Der Zugang zu Ressourcen ist nicht klar. Gibt es geheime Verträge, geheime Ausschreibungsverfahren? Das ist ein Problem. Oder auch schlechte Verträge, wie der zwischen „Mittal Steel“ und der Regierung von Nigeria, in dem Mittal Steel einen für das Unternehmen positiven Vertrag ausgehandelt hat, auf Kosten des Staates Nigeria. Das sind wichtige Themen. Oder die Undurchsichtigkeit der Einnahmeflüsse. Das wurde schon häufig diskutiert. Das führt zu schlechter Regierungsführung, zur Veruntreuung von Mitteln, usw. Oder eine weitere Frage: Wer verfügt über Ressourcen? Oft sind das bewaffnete Gruppen, wie zum Beispiel in der

Provinz Katanga im Kongo, die unter der Kontrolle des Kabila-Clans steht. Dort sind die Ressourcen in der Hand von Kabila-Anhängern.

Sind in den letzten Jahren Fortschritte gemacht worden? Da geht es sicherlich darum festzustellen, wie Entwicklungsländer überhaupt von Ressourcen profitieren können. Da fallen mir jetzt neue Initiativen ein, wie zum Beispiel der Kimberly-Prozess. Dabei geht es um einen Diamanten-Konflikt. Da ist es letzten Endes erfolgreich gelungen, die Diamanten aus den Konflikten raus zuhalten. Die Einnahmen durch Diamanten in Ländern wie Sierra Leone sind in den letzten fünf Jahren von einer Million auf 170 Millionen US-Dollar angestiegen. Es gibt natürlich die „Extractive Industry Transparency Initiative“ (EITI). Eine gute Initiative. 20 Länder unterstützen diese Initiative, aber nur zwei Länder, Nigeria und Aserbaidschan, setzen sie gegenwärtig um. Fünf weitere Länder überlegen in diese Richtung. In Ländern wie Nigeria hat es auch Verbesserungen gegeben. Dort findet ein neues Experiment statt: Das „Governance Economic Management Advisory Programm“ (GEMAP). Das spielt in der internationalen Staatengemeinschaft eine große Rolle. Es geht darum, wie man Korruption verhindern kann, was den Zugang zu Ressourcen in Nigeria angeht.

In den meisten Fällen ist es so, dass sich die Staatsführung in ressourcenreichen Staaten darauf konzentriert, so viel Geld und Macht wie möglich für sich selber und ihre Eliten auf die Seite zu schaffen. Zum Beispiel Angola: Zwischen 1997 und 2002 sind dort 1,5 Milliarden US-Dollar verloren gegangen und das zu einer Zeit hoher Kindersterblichkeit. Gegenwärtig nimmt Angola durch das Öl 5 Milliarden US-Dollar pro Jahr ein. Aber diese Zahlen werden nicht veröffentlicht, und Angola ist noch kein funktionierendes Mitglied der EITI. Gleichzeitig gibt es in Angola genug Kapazität, das Geld außer Landes zu schaffen, obwohl man mit den Problemen im Inland nicht klar kommt. Es gibt also viele solche Länder, die sehr stark auch die Menschenrechte verletzen, wie zum Beispiel Turkmenistan. Die ganzen Einnahmen durch das Erdgas schlagen sich nicht im Haushalt nieder. Es gibt Menschenverletzungen und eine Diktatur, die das Land ruiniert. Das sind Länder, die von Korruption und Schuldenlast erdrückt werden.

China und Indien müssen natürlich auch im Detail besprochen werden. Dafür reicht die Zeit jetzt nicht. Aber man sieht, was unter anderem durch China zurzeit in Afrika passiert. Das untergräbt natürlich in gewisser Weise manche dieser Initiativen. Es gibt sehr viel, was man daraus lernen könnte, aber es ist noch nicht viel davon umgesetzt worden. Ein Problem, das wir in Postkonfliktstaaten sehen ist die Tatsache, dass die internationale Staatengemeinschaft, also die Vereinten Nationen, die Weltbank, der IWF, die bilateralen

Geber und andere, in ein Postkonfliktland wie Kambodscha ging. Seit zehn Jahre ist der Konflikt dort vorbei. Die Internationale Gemeinschaft kommt mit vielen Ideen, wie „lasst uns die Holzindustrie fördern“, aber gleichzeitig wird nicht die Korruption bekämpft. Zehn Jahre später ist es dann so, dass Kambodscha kein Stück reicher geworden ist, als zuvor. Das Land ist nach wie vor arm und bewegt sich in Richtung eines Einparteienstaates. Dieselben Akteure gehen in andere Länder, wie die Demokratische Republik Kongo, und haben nichts daraus gelernt. Es ist anderes Personal aus denselben Institutionen, das dieselben wirtschaftlichen Lösungen vorschlägt wie damals in Kambodscha. Nur: Das hat damals nicht funktioniert und es wird wahrscheinlich auch diesmal nicht funktionieren.

Es geht um institutionelle Probleme: Wir sprechen alle von Korruptionsbekämpfung. Wenn Länder wie zum Beispiel Kambodscha nicht kooperieren, bekommen sie dann einen Schlag auf die Finger? Gibt es Sanktionen? Nein, in der Regel nicht. Dazu fehlt gegenwärtig noch der diplomatische Wille. Präsident Bush zum Beispiel hat in den USA eine Antikorruptionsinitiative verabschiedet, aber der Präsident von Äquatorialguineas, Obiang, hat zur gleichen Zeit 600 Millionen US-Dollar in einer amerikanischen Bank in Washington deponiert. Das Geld wurde nicht eingefroren, es ist verschwunden. Man konnte nichts dagegen machen. Und der gleiche Diktator wurde kurz danach herzlich von Condoleezza Rice empfangen.

Dann die Beziehungen zwischen Angola und China: China hat in den vergangenen fünf Jahren 5 Milliarden US-Dollar an Angola gezahlt, obwohl es internationale Haftbefehle gegen einen angolanischen Offiziellen gibt, der ohne Probleme in die Schweiz oder die USA einreisen kann. Da wird also nichts getan. In Deutschland ist es so, dass die Deutsche Bank in Frankfurt ein 3 Milliarden US-Dollar schweres Konto hat, das der staatlichen Erdgasfirma von Turkmenistan gehört. Die internationale Staatengemeinschaft reagiert also zu langsam auf Konflikte. Als das Charles Taylor-Regime in Nigeria durch die Holzindustrie finanziert wurde, waren es die Nichtregierungsorganisationen, die das Thema an die Öffentlichkeit gebracht und letztendlich Sanktionen durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erwirkten. Das aber hat insgesamt vier Jahre gedauert.

Kurz zu der Abholzung der Wälder: Es gibt immer noch Leute die glauben, dass die Holzwirtschaft eine gute und wichtige Triebkraft für Länder sein kann. Aber dafür gibt es keine Beweise. Trotzdem wird diese Politik weiter im Kongo oder in Liberia verfolgt und als Fortschritt verbucht. Aber da braucht es einen neuen, radikalen Ansatz, denn es gibt dort zahlreiche Menschen, die in den Wäldern leben und von diesen abhängig sind.

Ich möchte zum Schluss ein paar allgemeine und spezifische Empfehlungen abgeben: Wir als Organisation sind der Ansicht, dass es beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Definition von Konfliktressourcen geben sollte. Gegenwärtig haben wir es mit der Situation zu tun, dass zum Beispiel lange Jahre Krieg wütete und 3 Millionen Menschen ums Leben gekommen sind und trotzdem viele Unternehmen Bodenschätze abbauten. Aber kein einziges Unternehmen wurde für irgendetwas zur Verantwortung gezogen, was im Krieg an Übeln verübt wurde. Wenn das nicht funktioniert, was soll dann überhaupt funktionieren? Man muss sich international darauf einigen, worum es bei diesen Konfliktressourcen gehen soll und dabei müssen die Vereinten Nationen eine Rolle spielen. Die „United Nations Peace Building Commission“ könnte unserer Meinung nach die internationalen Organisationen koordinieren, wenn es um den Umgang mit Postkonfliktländern geht. Wir müssen hier ein institutionelles Gedächtnis entwickeln; was funktioniert und was nicht? Die natürlichen Ressourcen müssen Teil dieses Ansatzes sein. Es muss also klare Regeln geben.

Freiwillige Selbstverpflichtung funktioniert oft nicht. Das sieht man in der Rohstoffindustrie. Mein Kollege von der Gesellschaft BP hat die Erfahrung gemacht, wie es aussieht, wenn man freiwillig etwas erreichen möchte. Das kann zu Problemen führen. Das hat man am Beispiel Angola gesehen. Oder am Bankensektor: Die Deutsche Bank ist nicht die einzige. Auch die Standard Chartered Bank und viele weitere haben Kredite an Angola vergeben. Das Geld dieser Regime fließt irgendwie durch die Banken und das muss reguliert werden. Die Nichtregierungsorganisationen und die Staatengemeinschaft müssen natürlich auch viel enger mit China und Indien zusammenarbeiten und sich zum Beispiel die Afrikapolitik Chinas anschauen. Da wird Wirtschaftshilfe ohne irgendwelche Bedingungen geleistet. Es gilt die Politik der Nichteinmischung in interne Angelegenheiten. Es muss aber klar sein, dass das Bereitstellen von Geld bereits eine Einmischung bedeutet.

Dann gibt es weitere Fälle: Zum Beispiel die Strafverfolgung des niederländischen Holzbarons Gus Kouwenhoven in Liberia. Das ist der einzige Fall, den ich kenne, in dem ein Geschäftsmann wirklich gerichtlich für diese Fragen zur Verantwortung gezogen wurde. Das muss öfter passieren. Noch ein paar Empfehlungen, teilweise allgemein, teilweise auch spezifisch für die Deutsche Bundesregierung. Es gibt in Deutschland Bestrebungen, die Gastgeberrolle für EITI zu übernehmen. Das ist meiner Meinung nach eine gute Idee, aber es bedarf einer großen Öffentlichkeitsarbeit. Es darf nicht nur eine rhetorische Unterstützung sein. Deutschland sollte seine Stimme nutzen, um in der Weltbank, der „European Bank for Reconstruction and Development“ (EBRD) und anderen regionalen Banken für Transparenz zu sorgen. Wir sind der Ansicht, dass

Entwicklungszusammenarbeit an Transparenz und Wirtschaftsreformen in den Entwicklungsländern geknüpft werden muss. Und wir sind der Ansicht, dass Einnahmetransparenz in der Entwicklungshilfe ein Mainstream-Thema werden sollte. Deutschland wird die EU-Ratscherrschaft übernehmen. Wir meinen, dass alle diese Themen auch in der EU angesprochen werden müssen. Die Gesetze hier in Deutschland sollten natürlich gestärkt werden, um die Einnahmetransparenz zu fördern.

Die Geheimhaltung von Verträgen ist natürlich ein echtes Problem. Die Zusammenarbeit mit den Aufsichtsbehörden ist wichtig, damit die Offenlegung der Einnahmen auch wirklich verpflichtend gemacht wird. Die Transparenz der Einnahmen muss auch eine Bedingung für Exportgarantien sein und die Deutsche Bank darf nicht das Geld von Diktaturen verwalten. Zu guter Letzt: Deutschland sollte diplomatischen Druck ausüben, um sicherzustellen, dass EITI ein wirksames Mittel ist. Andere Teile der Welt, wie zum Beispiel den OPEC-Staaten, Nordafrika, Südostasien, Lateinamerika, Russland, China, Indien usw. sollten dazu gebracht werden, an der EITI-Initiative teilzunehmen. Letztendlich geht es darum, dass die Herstellerländer und deren Regierung sicherstellen müssen, dass die Dinge richtig laufen. Aber das Geld und der Einfluss liegen bei den Unternehmen und bei den Industrieländern. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank, Herr Alley. Ich leite gleich weiter an Herrn Cuno. Herr Alley hat einen neuen, radikalen Ansatz gefordert. Ich weiß nicht, ob Sie darauf eingehen möchten, aber ich bitte Sie zunächst um Ihr Statement.

Jürgen W. Cuno, Deutsche BP AG: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Staatssekretärin. Einiges ist ja schon angesprochen worden, gerade von Herrn Alley. Ich möchte im Hinblick auf Afrika bezüglich des Finanzierungsbedarfes kurz sagen, dass nach Schätzung der Vereinten Nationen, des Internationalen Währungsfonds und des „Overseas-Development-Institutes“, bis 2015 ein Finanzierungsüberschuss auf Grund von Öl- und Gas-Einnahmen von über 100 Prozent angesetzt und eingeschätzt wird. Diese Schätzungen zeigen am Beispiel Afrikas, dass Öleinnahmen in der Tat Finanzierungslücken abdecken können und zwar zu einem erheblichen Teil. Grundsätzlich war es aber in der Vergangenheit so, dass Öl und Gas selten die Triebfeder für wirtschaftliche Entwicklung waren. Öl exportierende Entwicklungsländer sind 1962 bis 2002 nur um 1,6 Prozent gewachsen. Das Wachstum sämtlicher Entwicklungsländer betrug im gleichen Zeitraum 2,2 Prozent. Das ist weniger für diejenigen, die Rohstoffe haben. Hierzu gibt es Hindernisse, die auch genannt worden sind:

Der „Resourcecurse“, „Dutch Disease“, die Aufwertung der Landeswährung und die Vernachlässigung von Wirtschaftszweigen.

Hier gilt es also entsprechend gegenzusteuern, damit einseitige Abhängigkeiten eines Landes von Rohstoffressourcen und Preisen nicht zu groß werden. Hierzu gehören, für uns zumindest, viele Maßnahmen vor Ort. Zum Beispiel die lokale Beschaffungspolitik, die Beschäftigungspolitik im Lande selbst und die Schaffung lokaler Wertschöpfungsketten, die letztendlich zur Diversifikation beitragen. Die Gründe für diese Entwicklung muss man angehen. Das muss gemeinsam gemacht werden. Häufig liegt es in den Entwicklungsländern an den fehlenden Einkommens-Management-Fähigkeiten, das heißt auf guter makroökonomischer Strategie basierender Haushaltsführung, die nicht vorhanden ist. Institutionelle Voraussetzungen, wie funktionierendes Steuersystem und Finanzmanagement sind unterentwickelt und steigende Öleinnahmen auf der anderen Seite kommen wie ein Lottogewinn. Diese nehmen natürlich mit zunehmender Nationalisierung der Aktivitäten im Öl- und Gasbereich ihren Lauf.

Das Ergebnis der Situation ist, dass zum Beispiel das größte private internationale Öl- und Gasunternehmen, die Exxon Mobil, nun hinsichtlich der Reserven international auf dem 14. Platz rangiert. Der Anteil der staatlichen Gesellschaften an der globalen Ölproduktion liegt inzwischen bei 73 Prozent. Deshalb müssen alle wirksamen Lösungen insbesondere auf nationale Ölgesellschaften ausgerichtet sein. Diese müssen einbezogen werden. Die Systeme der Steuererhebung, Haushaltsplanung und Kontrolle müssen weiter entwickelt werden und Aufgaben wie die Diversifizierung der Wirtschaft, Infrastrukturentwicklung, Ausbau des Bildungs- und Rechtssystems vorangetrieben werden. Korruption wurde auch angesprochen. Auch sie ist auf mangelnde Regierungsfähigkeit zurückzuführen. Die Rent seeking Mentality dieser Länder ist eben leider mit einem hohen Ausmaß an Korruption verbunden, wie der „Corruption Perceptions Index“ von „Transparency-International“ zeigt. Hier müssen sektorale und industrieweite Aktionen stattfinden. Innerhalb der Firmen macht man Politik, die man rigoros umsetzt.

Beiträge der Industrie: Wir sind überzeugt, dass die internationalen Ölgesellschaften durch ihre Investitionen Arbeitsplätze in den Entwicklungsregionen schaffen und dass sie Chancen für eine beschleunigte Entwicklung geben. Investitionen in die Öl- und Gasexploration sind Langfristinvestitionen. Die Lebensdauer der Projekte beträgt teilweise 30 Jahre, mit Vorlaufzeiten von 15 Jahren. Die Break-even-Punkte der Projekte liegen aufgrund der hohen Anfangsinvestition teilweise weit in der Zukunft. Insofern sind die Interessen der Industrie, die langfristig investiert, und der Gesellschaft gleichgerichtet. Der

Wunsch, langfristig erfolgreich zu sein begründet so unser Interesse an einer breit angelegten, ökonomischen Entwicklung dieser Länder, an Stabilität und demokratischer Entwicklung. Insofern sind wir mit im Boot. Sicher kann die Privatwirtschaft den Entwicklungsländern keine Eigenverantwortung für verantwortliche Regierungsführung abnehmen, aber sie kann sicherlich einen Beitrag leisten. Dieser besteht zum Beispiel im Falle der Gesellschaft, für die ich arbeite, der BP, in einer Erhöhung der lokalen Anteile der Produktion, in der Förderung des Unternehmertums und der lokalen Arbeitskräfte durch Bildung und Weiterentwicklungsinitiativen, Mikrofinanzierung zur Schaffung von Arbeitsplätzen, Bildungsinitiativen und Verbesserung des Zugangs zur Energie und schließlich in der Umsetzung der EITI-Standards.

Gibt es eine Chance für nachhaltige Entwicklung? Die von mir angeführten negativen Phänomene sind hausgemacht und nicht notwendigerweise Konsequenz des Ressourcenreichtums. Das zeigen nicht zuletzt die Beispielländer, die diese Probleme nicht haben. Hier sei unter den Industrieländern insbesondere Norwegen aufgeführt. Aber auch diamantenreiche Länder, wie Botswana, konnten negative Auswirkungen vermeiden. Andere Länder, wie Aserbaidschan, die mit von Implementierung der Standards der „Extractive Industries Transparency Initiative“ (EITI) fortgeschritten sind, haben hier auch Erfolge vorzuweisen. Norwegen ist nach Saudi-Arabien und Russland der drittgrößte Ölexporteur weltweit. Das Land hat einen Petroleum-Fonds eingerichtet. Der Fonds ist ein wesentliches Instrument dafür zu sorgen, dass eine Wohlstandssteigernde Verwendung der finanziellen Mittel stattfindet. In ihm werden die Exporterlöse in ausländischen Wertpapieren angelegt. Der Fonds enthält heute um die 187 Milliarden Euro und wird im Auftrag des Finanzministeriums von der norwegischen Zentralbank verwaltet. Er sichert staatliche Ausgaben für Altersversorgung, Gesundheit und Bildung. Bei der Verwendung werden neben wirtschaftlichen Richtlinien auch ethnische Richtlinien sowie ökologische und soziale Menschenrechts- und Transparenzstandards zugrunde gelegt. Ähnliche Fondsmodelle gibt es zum Beispiel auch in Alaska, im Irak und auch in Aserbaidschan. Sie spielen in der internationalen Diskussion eine wichtige Rolle.

In Aserbaidschan ist die Einführung von EITI unter unserer Mitwirkung geschehen. Wir haben damals bei der Erarbeitung des „Memorandum of Understanding“ mitgewirkt. Es wurde 2004 gemeinsam mit der Zivilgesellschaft unterschrieben. Seit März 2005 gibt es regelmäßige Berichte über die Zahlung, bei denen sich inzwischen alle Öl- und Gasunternehmen Aserbaidschans beteiligen. Auch der „State Oil Fund“ berichtet regelmäßig über seine Operation. Grundsätzlich ist dieser Weg der richtige. Was EITI anbelangt, so sind wir Mitglied der „International Advisory Group“ und arbeiten aktiv mit den

Partnern an der Implementierung der Standards und an der Implementierung der Ziele der Initiative. EITI ist für uns ein Musterbeispiel mit einer außerordentlichen Erfolgsgeschichte. Obwohl 22 Staaten ihre Bereitschaft erklärt haben, diese Standards einzuführen, gibt es bisher sehr wenige, die diese umgesetzt haben. Trotzdem genießt EITI hierbei eine sehr breite Unterstützung und ist eines der wirklich guten Benchmarks für verbesserte Transparenz in den Öl produzierenden Ländern. Der Fokus liegt natürlich auf der nationalen Implementierung der Standards. Erst auf dieser Ebene wird die Komplexität einer Reihe Öl produzierender Entwicklungsländer bei der Umsetzung von Transparenz deutlich.

Trotz viel guten Willens fehlen wichtige Voraussetzungen, um schnell zu Erfolgen zu kommen. Das betrifft das Fehlen von erfahrenem Personal, um eigentlich nur ganz simpel die statistischen Aufgaben wahrzunehmen und die Haushaltsplanung und Finanzkontrolle bei den spezifischen, von Land zu Land unterschiedlichen Problemlagen Unterstützung zu leisten. Generell meinen wir, dass die Verzahnung von Entwicklungszusammenarbeit mit den Aktivitäten von EITI ein guter Weg nach vorne wäre. „Capacity Bulding“ spielt hierbei eine sehr große Rolle für uns. Der IWF, die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken haben bereits in der Vergangenheit eine sehr wichtige Rolle bei der Implementierung der EITI Standards und Ziele gespielt. Ihr Engagement ist auch in der Zukunft nötig. Dazu kommt, dass sich die EITI hauptsächlich auf „publish what you pay“ konzentriert. Der große Beitrag, den wir sehen, ist, dass IWF und Weltbank mit ihren „Guide on resource revenue transparency“ und Rose OSC-Berichten hilfreich für die Offenlegung der Verwendung der Mittel ist. So kann der anderen Seite geholfen werden. Insofern ergänzen sich EITI und IWF sehr gut. Aber die Weltbank sieht sich auch Kritiken ausgesetzt, das Instrument seiner Mitglieder zu sein.

Ferner bieten die Entwicklungsländer, das ist ja schon von Global Witness angedeutet worden, Möglichkeiten alternativer Finanzierung über Interessierte, die sich weniger an die Standards gehalten fühlen. Insofern ist auch deren Einflussnahme begrenzt. Die EITI steht in der Zukunft vor einer großen Herausforderung. Die dritte Konferenz wird in Oslo stattfinden und Zukunftsfragen werden zu regeln sein. Zu diesen Zukunftsfragen gehört eine sehr wichtige Frage: In welchem Verhältnis wird die Initiative in Zukunft zu den neuen Akteuren am Weltmarkt für Öl und Gas stehen? Hier stellt EITI in seinem Berichtsentwurf an die Oslo-Konferenz in diesem Jahr fest, dass die Unterstützung und Teilnahme der „Emerging Economies“ an der Initiative für den mittel- und langfristigen Erfolg von EITI entscheidend ist, was wir voll unterstützen. Ich danke Ihnen schön.

Der Vorsitzende: Her Cuno, vielen Dank. Ich leite unmittelbar weiter an Herrn Enno Harks von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Bitteschön.

Enno Harks, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP): Danke, ich werde zum heutigen Thema sechs Thesen vorstellen: Erstens möchte ich, anders als mein Kollege von Global Witness, eindeutig darauf hinweisen, dass Öl als Ressource das Problem ist und nicht alle anderen Ressourcen. Davon gibt eine ganze Menge: Holz, Landwirtschaft, Wasser, Kohle, Agrar oder was auch immer. Doch diese führen zu keinen gravierenden politischen oder ökonomischen Konsequenzen. Das liegt vorrangig daran, dass sie keine Rente generieren. Die Rente ist, grob gesprochen, die Differenz zwischen Marktpreis und Produktionskosten. Die weltweit durchschnittlichen Produktionskosten liegen heute bei 10 US-Dollar pro Barell. Der Marktpreis, das wissen Sie selbst, liegt ungefähr bei 65 US-Dollar. Diese 500 Prozent Gewinn sind unter Marktbedingungen absolut nicht möglich. Das liegt im Ölmarkt natürlich daran, dass wir das OPEC-Kartell haben und keinen Zugang zu den Ressourcen dort. Die Konsequenz ist, das hatten wir schon gehört, Schattenwirtschaft, Korruption, nicht legitimierte Eliten, Kriege oder bewaffnete Auseinandersetzungen. Ich sage es deswegen nur, weil es meiner Erkenntnis nach nur vier Ressourcen gibt, die überhaupt Probleme produzieren: Das ist Öl, worüber wir heute sprechen, dann gibt es noch Gas, das allerdings ist nicht das Problem Afrikas, Diamanten und Opium, was ähnliche Renten generiert und ähnliche Probleme hat. Kohle ist in Afrika auch ein wichtiges Thema. Sie generiert keine Rente, weil die Produktionskosten ungefähr da sind, wo der Marktpreis ist. Das bedeutet, es lohnt sich nicht, organisierte Kriminalität oder Korruptionsnetzwerke aufzubauen. Das einzige Problem, was es wohl geben könnte, ist eine Monokultur. Die ist volkswirtschaftlich und politisch aber irrelevant.

Zweitens möchte ich bestätigen, was zuvor gesagt wurde. Tatsächlich sind alle ressourcenreichen Länder Entwicklungsländer, mit der einzigen Ausnahme Norwegens. Ich möchte vier Kategorien von ressourcenreichen Staaten, wenn es überhaupt vier gibt – eher dreieinhalb – nennen: Das erste ist ein Industrieland: Norwegen. Das nehmen wir mal raus. Zweitens: ressourcenreiche Staaten, die Transformationsländer sind. Davon sind einige angesprochen worden: Russland, zentralasiatische Staaten. Drittens gibt es ressourcenreiche Länder, die zwar auch Entwicklungsländer sind, und das sind die Länder im mittleren Osten, die reich sind, aber nach allen Kategorien das sind, was man Entwicklungsland nennen könnte, tatsächlich Entwicklungsländer sind. Wenn man sich die Statistiken des „United Nations Human Development Index“ anschaut, dann sind sogar Saudi-Arabien und Kuwait Entwicklungsländer. Und viertens gibt es die ressourcenreichen Staaten in Afrika, die Entwicklungsländer im eigentlichen Sinne sind. Diese Unterscheidung

der vier Kategorien ist wichtig, weil es unseren entwicklungspolitischen Ansatz unterschiedlich macht. Grob gesprochen gibt es solche Länder, die auf uns angewiesen sind, die also trotz Ressourcen arm sind, und solche, die nicht auf uns angewiesen sind, die extrem reich sind, auch aufgrund der Ressourcen. Ein Beispiel hierfür ist Libyen.

Was können wir tun? Wir haben in der SWP in den letzten eineinhalb Jahren auch ein Projekt gehabt: Wir haben uns die elf ölintensivsten Länder ausgesucht und geschaut, wie die Entwicklungspolitik und die Außenpolitik in den vergangenen Jahren gelaufen ist. Ich kann hier nur bestätigen, was zuvor gesagt wurde. Sie haben sich absolut – mit der Ausnahme Norwegens – negativ entwickelt. Betrachtet man das Pro-Kopf-Einkommen der letzten 35 Jahre, ist Norwegen die schöne Ausnahme. Wie das geklappt hat, darauf wäre ich jetzt länger eingegangen, wenn wir mehr Zeit hätten. Ich lass das aber mal kurz weg und sage nur eine Konsequenz, die wir bei der Untersuchung der elf Länder beobachtet haben: Es funktioniert nur die Förderung von „Good Governance“, alles andere zählt nicht. Ich würde dazu sagen, die Gründung eines Petroleum-Fonds in den von uns untersuchten Fällen ist keine Lösung für die Problematik von Öl und Gas. Wenn der Petroleum-Fonds und die Verfügung über dessen Mittel intransparent sind, weiß niemand, wo das Geld hinfließt und wo es herkommt. Das ist zum Beispiel in Kuwait oder auch in Kasachstan der Fall. So ist das eine relativ nutzlose Angelegenheit. Norwegen hat hier tatsächlich Vorbildcharakter, vielleicht sollte man sich daran noch mal orientieren.

Der vierte Vorschlag, den ich heutzutage für sehr relevant halte, ist die Einbindung der OPEC, einer multioperalen Weltinstitution, von der man viel geredet hat, aber nie in Zusammenhang mit Verantwortungsübernahme von „Global Governance“. Eine kleine Zahl: 450 Milliarden US-Dollar Einnahmen sind dort letztes Jahr generiert worden. Es sieht so aus, als ob das in den nächsten Jahren ungefähr gleichgroße Maßstäbe wären. Einige der Mitglieder sind tatsächlich finanziell gegenüber „Global Governance“ in die Pflicht zu nehmen. Es gibt tatsächlich einen OPEC-Entwicklungs-Fonds. Der ist allerdings sehr klein und wird aufgrund moralischer Kriterien über die Welt verteilt, die unseren nicht besonders entsprechen. Wir können über die Einbindung der OPEC noch mal nachdenken.

Fünftens, was bietet die Zukunft? Die Zukunft ist eher dunkel. Das liegt daran, wie Sie in der Tabelle sehen, dass die restlichen privaten Ölgesellschaften 2005 nur noch einen Anteil von 15 Prozent an der Weltproduktion haben, anders als es vor 30 Jahren der Fall war und auch anders, als es in 30 Jahren sein wird. Die Folge daraus ist, dass westliche, demokratische Gesetze, Öffentlichkeiten und auch Aktionärsversammlungen in Entwicklungsländern nicht mehr auf Probleme bei der Produktion einwirken können. Das ist

keineswegs eine Weißwaschung der jetzigen Ölonternehmen. Es ist viel mehr ein Hinweis darauf, dass die staatlichen Ölonternehmen, die jetzt zum Beispiel in das Niger-Delta kommen, oder in Afrika aktiv werden, viel weniger von demokratischen Gesetzen und der Öffentlichkeit abhängig sind, als es zuvor der Fall war. Für unsere westliche Normenpriorität ist das mit Sicherheit kein gutes Zeichen.

Sechste und letzte These: Das eigentliche Problem der Entwicklungspolitik sind nicht Entwicklungsländer, die Ressourcen haben, sondern Entwicklungsländer, die keine Ressourcen haben. Der Ölpreis, den wir heute seit zwei oder drei Jahren haben, hat gravierende Konsequenzen für die Entwicklungsländer in Afrika und zwar gravierender für diejenigen, die kein Öl haben, als für diejenigen, die Öl haben. Eine deutliche Verschärfung des Nord-Süd-Gefälles. Ich möchte hier ein kleines Beispiel geben: Der Anstieg des Ölpreises zwischen 2003 und 2006 hat 800 Millionen US-Dollar zusätzliche Devisenausgaben für Kenia bedeutet. Das ist doppelt so viel, wie die gesamte westliche Entwicklungshilfe pro Jahr überhaupt. Das liegt daran, dass die Entwicklungsländer in Afrika eine sehr hohe Ölintensität haben. Das ist anders, als bei uns in den nördlichen Industrieländern. Wir haben eine sehr geringe ökonomische Abhängigkeit vom Ölpreis, das liegt an der geringen Ölintensität, denn unser Bruttoinlandsprodukt ist hoch. In Afrika ist es genau umgekehrt: Bruttoinlandsprodukt klein, Quotient groß.

Die Folge davon ist, dass diese Länder sehr große finanzielle Probleme haben, den Devisenberg zu schultern. Das Problem ist, dass der Ölverbrauch zumeist oder fast ausschließlich im Transportsektor geschieht und es in Afrika keine Alternative zum Transportsektor mit Bus oder Auto gibt. Das bedeutet, eine alternative Infrastruktur ist nicht vorhanden und man ist auf die Mobilität durch Benzin angewiesen. Das bedeutet eine hohe Abhängigkeit vom Ölpreis. Wir sehen eindeutig, dass sich die Verschuldungsproblematik der 70er Jahre wiederholt. Öl ist also, das ist meine letzte ausdrückliche These, tatsächlich ein entwicklungspolitisches Problem, aber zumeist für die, die es nicht haben. Danke.

Der Vorsitzende: Vielen Dank Herr Harks. Es liegt die Wortmeldung von Ute Koczy vor. Bitteschön Frau Koczy.

Abg. Ute Koczy: Danke, Herr Vorsitzender, und danke auch an die Referenten, die uns hier in diesem Ausschuss noch mal eindringlich zur Kenntnis gebracht haben, vor welcher Zäsur wir eigentlich in der Frage der ökonomischen Ausbeutung von Ressourcen stehen. Den Hinweis von Enno Harks, dass ein Hauptproblem Öl ist, mag man so teilen, aber wenn man die Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit in Lateinamerika betrachtet, ist der

Rohstoffabzug in die westliche Welt schon seit Jahrhunderten ein gigantisches Ungerechtigkeitsproblem, das sich fortgesetzt hat, das sich etabliert hat und womit wir im Grunde genommen immer noch zu leben haben. Mit dem Auftreten neuer Schwellenländer ist es abzusehen, dass sich die Machtpotenziale in andere Richtungen bewegen und wir eigentlich zu konstatieren haben, dass die neuen Schwellenländer, oder China, Indien und Russland mit anderen Möglichkeiten, eigentlich mit ihren Ressourcen, eine Veränderung des Marktgleichgewichts bewirken werden. Wir haben eigentlich nur noch eine kurze Zeitspanne, um tatsächlich unsere Ziele und Werte von gerechter Verteilung von Ressourcen durchzusetzen.

Ich möchte mich darauf beschränken, einige Fragen zu stellen. Vor allem auf die Empfehlungen, die jetzt an die Politik zu richten sind. Es sind einige Vorschläge gemacht worden. Einer zum Beispiel, den ich ganz faszinierend finde, ist die Definition von Konfliktressourcen beim Weltsicherheitsrat. Patrick Alley hat darauf hingewiesen. Das ist eine Idee, die noch überhaupt nicht diskutiert wurde und noch überhaupt nicht bekannt ist. Ich hätte gerne eine Erläuterung dazu, was das bedeutet, in welche Richtung das geht, was wir dazu beitragen können und welche Chancen dahinter stehen. Dann sagten Sie auch, wir müssten ein institutionelles Gedächtnis etablieren. Ist das angesichts der Situation, dass wir im Grunde genommen ja alle wissen, wie negativ sich Rohstoffkonflikte auswirken, wirklich so wichtig? Was würde daraus resultieren? Weitaus wichtiger finde ich die Forderung, klare Regeln für Rohstoffkonsum aufzustellen. EITI ist viel zu schwach dazu, obwohl es eine nützliche Alternative ist. Wer ist schon dabei? Wer weiß davon?

Wir haben es ja in diesem Zusammenhang mit einer Organisation zu tun, die einfordert, Verantwortung zu übernehmen, die Standards setzt und sich trotzdem nicht durchsetzt. Woran liegt das? Wie kann man eigentlich daran arbeiten, dass die Bedeutung von EITI nach vorne gebracht wird? Ist das der einzige Ansatzpunkt, den wir institutionell haben? Es wäre wirklich beschämend, wenn man sich im ganzen politischen Bereich nur auf eine kleine Initiative berufen kann, die sich um diesen Rohstoffkonflikt bemüht. Ich finde, Holz ist auch ein sehr wichtiger und schwieriger Rohstoff. Holz ist meiner Meinung nach der Rohstoff, der sofort auf der Hand liegt, wenn man in Entwicklungsländer geht und er kann sofort in Geld umgesetzt werden.

Wir in der Bundesrepublik arbeiten mit Zertifizierung im Holzsektor. Meine Frage wäre, ob man Öl und Gas nicht auch zertifizieren müsste. Müssen wir für das Öl und Gas, das wir beziehen, nicht auch Zertifikate aussprechen? Wie beurteilen Sie die Zertifikate, die wir dann aussprechen in Bezug auf Russland, wenn man weiß, was in den zentralasiatischen Staaten passiert und wenn man weiß, wie es in Russland ist und wenn man auf Sachalin Bezug

nimmt? Müsste man dann nicht anfangen, hier zu zertifizieren und anfangen zu sagen, dass unser Öl und Gas nicht für schmutzige Geschäfte laufen darf? Wir haben uns in dieser Anhörung eher auf die Unternehmen konzentriert. Patrick Alley hat zu Recht noch einmal auf die Bankenverantwortung hingewiesen. Letztlich landet das Geld sowieso bei den Banken. Sie erwähnten die Deutsche Bank: muss man nicht stärker von entwicklungspolitischer Seiten an die Banken ran? Dazu hätte ich gerne noch eine Stellungnahme von BP. Dankeschön an Herrn Kuno.

Vorsitzender: Vielen Dank. Jetzt kommt der Kollege Riester und danach Frau Hänsel.

Abg. Walter Riester (SPD): Herr Harks, ihre Position hat mich überzeugt, dass die Rendite das treibende Moment des Auseinanderdriftens ist. Ich befürchte allerdings, dass man es nicht auf Öl konzentrieren kann. Ich glaube, dass das starke Eintreten von Wachstumsschüben, wie wir es jetzt beispielsweise hinsichtlich der asiatischen Entwicklung haben, genau diese Rendite in vielen Bereichen auslöst, auch im Bereich Kohle, Koks und Eisenerz. Dort haben wir zwischen Förderkosten und Marktkosten enorme Sprünge.

Das, was Sie insgesamt vorgetragen haben, ist sehr dramatisch. Es gibt unterschiedliche Komponenten, die es Wert wären, intensiv diskutiert zu werden: ökonomische Komponenten, Umweltzerstörung als Komponente, das Auseinanderdriften von Reichtum und Armut usw. Mich interessiert aber im Moment nur eine Komponente, weil wir das Thema aus entwicklungspolitischen Gesichtspunkten diskutieren: Mit der Rohstoffökonomie, wie sie betrieben wird, wird auch ein entwicklungspolitischer Ansatz diskreditiert. Ich nenne jetzt ein als Beispiel China. Dabei will ich betonen, dass ich das Verhalten von China etwas zurückliegend genauso für die USA schildern könnte: Entwicklungspolitik wird bedingungslos an jedes korrupte System gegeben, möglicherweise noch kombiniert mit militärischem Einsatz, um Rohstoffe zu sichern. Demgegenüber besteht zumindest von der Zielsetzung bei uns eine Entwicklungspolitik, die auf Nachhaltigkeit setzt. Bedauerlicherweise habe ich den Eindruck, dass die erste von mir geschilderte dramatische Entwicklung sehr effizient ist und sich politisch durchsetzt. Ich finde es wie die Kollegin Koczy einerseits faszinierend, sympathisch und richtig, Standards zu setzen und Transparenz zu schaffen. Ich Sorge mich aber, ob sich diese richtigen Positionen machtpolitisch durchsetzen können. Es ist eine ziemlich dramatische Entwicklung, die wir dort haben. Auf vielen Ebenen könnten und sollten wir es diskutieren. Was mich unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten bewegt, ist die Diskreditierung eines nachhaltigen Ansatzes durch eine Praxis, die dem entgegenläuft. Man nimmt gerne China als Beispiel, weil es mit dieser Macht auftritt. Wenn man den afrikanischen Kontinent betrachtet und sich nach einer abgestimmten europäischen

Afrikapolitik fragt, die es natürlich nicht gibt, könnte man aus einem nachkolonialen Verhalten europäischer Länder die der Tendenz nach die gleiche Wirkung haben, aufzeigen. Die Frage nach einem Entwicklungsansatz, der auf Nachhaltigkeit zielt, wird in hohem Maße diskreditiert. Was könnte man machen, um dem entgegenzuwirken?

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank, die Kollegin Heike Hänsel und danach Dr. Ruck.

Abg. Heike Hänsel (DIE LINKE.): Dankeschön für die Informationen. Ich möchte an den Kollegen Riester anknüpfen. Ich denke, wir stehen vor zwei Herausforderungen. Eine Frage ist, wer die Partner sind, meist die Regierungen. In meinen Augen greifen diese Ansätze der Transparenz zu kurz, weil sie überhaupt nicht die Frage von Partizipation, gesellschaftlicher und sozialer Teilhabe aufwerfen. Die entscheidende Rolle spielt in meinen Augen die Zivilgesellschaft in diesen Ländern und deren Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Vergabe von Möglichkeiten, Rohstoffe zu exportieren. Auch indigene Völker sind stark davon betroffen. Deshalb müsste eine ganz neue Herangehensweise vorhanden sein, um zivilgesellschaftliche Gruppen zu stärken, damit sie ihre Rechte auch gegenüber ihrer Regierungen wahrnehmen können. Die grundsätzliche Frage stellt sich zum Beispiel im Irak. Ist es überhaupt legitim nach einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg und der Besetzung eines Landes dort Öl mit neu erhaltenen Lizenzen zu exportieren. Man muss fragen, wie man solche Lizenzen erwerben kann, wenn internationales Recht gebrochen wird. Dies wäre eine Frage von rechtlichen Standards. Auch muss man fragen, ob es die Einflussnahme vom Strafgerichtshof, solche Vorgänge auch transparent zu machen, gibt, um Verantwortlichkeiten zu klären.

Der zweite Punkt bezieht sich auf *conflict resources*. Dazu bedarf es bei den Vereinten Nationen eine Art Rat der Zivilgesellschaft, damit diese die Möglichkeit haben, Vetos einzulegen, wenn es ihre direkte Existenzgrundlage bedroht. Was haben Sie für Vorstellungen, um die Kontrolle der Zivilgesellschaft zu garantieren? Sowohl Regierungen als auch Konzerne sind in der Verantwortung. Der zweite große Bereich betrifft die Ressource Erdöl. Wir wissen, dass sie keine Zukunft hat und dass die negativen Auswirkungen größer sind als die positiven. Auch wissen wir, dass die Ressource endlich ist. Deshalb werden wir nicht umhinkommen, unser Weltenergiesystem umzustellen. Es gibt diese Ansätze zur Umstellung überall, aber die Ansätze sind noch zu klein. Wir haben z.B. vorgeschlagen, dass Erdöl exportierenden Länder - wie wir es bei Venezuela und Bolivien vorgeschlagen haben, die im Moment Geld damit verdienen - dass diese jetzt schon einen Fonds für die Entwicklungsförderung regenerativer Energien für die Ausbildung in der eigenen Gesellschaft anlegen, um die Potenziale regenerativer Energien zu erschließen. Die Verantwortung liegt bei uns. Das sehe ich nicht als eine Reichtumsressource oder ein

Zukunftspotenzial von Entwicklungsländern an, sondern da liegt die Verantwortung, die Entwicklung einzuleiten, ganz klar bei den Industrieländern. Auch auf internationaler Ebene bzw. auf UN-Ebene könnte viel mehr gemacht werden.

Der Vorsitzende: Dankeschön, Bitte Herr Dr. Ruck und danach Herr Königshaus

Abg. Dr. Christian Ruck (CDU/CSU): Wir teilen die Analyse der Experten, auch wenn diese dramatisch ist. Man sieht, dass sich das Ganze auch mittelfristig zu einem Sicherheits- und Versorgungsproblem auch für uns selbst auswachsen könnte. In erster Linie interessieren uns entwicklungspolitische Implikationen. Es gibt zwei Richtungen: Das eine ist, was wir tun können, gegenüber den Ressourcen armer Länder, die doppelt in Mitleidenschaft gezogen sind. Diesbezüglich ist der Verweis auf die OPEC vollkommen richtig. Es muss auch ganz klar in der Öffentlichkeit und der internationalen Öffentlichkeit gesagt werden. Wenn die OPEC doppelt so viel aus Kenia abzieht als westliche Entwicklungshilfe geleistet wird, dann ist das eine politische Aussage. Noch komplizierter ist die Frage, was man mit den rohstoffreichen Ländern macht. Alle haben zu Recht auf *Governance*-Probleme hingewiesen. Es gibt zwei Aspekte: Zuerst einen technischen Aspekt. Dort kann man natürlich eher mit Entwicklungspolitik helfen, indem man sagt, dass bei gutem Willen und wenn der Reichtum an die Bevölkerung weitergegeben wird, wir technisch helfen können: Mit Ausbildung, mit Ausbildung zur Kontrolle, Verwaltung und Finanzinstrumenten und vielem mehr. So etwas ist machbar. Viel schwerer ist es, wenn die Mentalität geändert werden muss. Stichwort: Korruption. Manche afrikanischen Ländern haben exorbitante Wachstumsraten, die gar nicht oder nur zum kleinen Teil in der Bevölkerung ankommen. Dort ist die Sache kompliziert. Es gibt internationale Konsortien, zum Beispiel mit der Tschad Pipeline, Druck auf ein Regime auszuüben in einer konzertierten Aktion inklusive der Weltbank.

Wichtig ist auch, dass wir aus europäischer Sicht an die Energiepolitik anders herangehen. Es wurde auch genannt, dass nicht nur China, sondern auch westliche Nationen eine Energieversorgungspolitik betreiben, und diese nicht immer mit den gewünschten entwicklungspolitischen Effekten. Man muss auch auf europäischer Ebene zu einem Konsens kommen. Bisher gibt es das weder in der Entwicklungspolitik noch in der Energiepolitik. Aber es interessiert mich die Einschätzung, ob Sie gewisse Bewegungsmittel auf europäischer Ebene sehen. Wir würden eine solche Frage schon im nächsten Jahr angesprochen wissen wollen, wenn wir die EU-Präsidentschaft haben, auch auf den G7- bzw. G8-Gipfeln. Und damit sind wir beim nächsten Punkt, nämlich die Einbeziehung anderer außereuropäischer Mächte in eine Art Verhaltenskodex, der auch diese entwicklungspolitische Nachhaltigkeit einbezieht, um sich ganz konkret nicht nur mit

westlichen, sondern auch mit Russland, mit China, mit Indien und mit anderen Mächten einigt. Zumindest auf einen Mindestkonsens und Mindeststandards, was man darf und was nicht. Sehen Sie da Chancen? Ich bin da optimistischer als andere.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Königshaus, bitte.

Abg. Hellmut Königshaus (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte kurz noch etwas zum Irak sagen und zu der Frage, ob man aus einem Land, das ausgebeutet wird oder in Not ist, überhaupt Öl importieren bzw. von dort holen kann. Natürlich kann man das. Sonst besteht dort überhaupt keine Möglichkeit, dass aus den eigenen Ressourcen heraus sich irgendein Entwicklungsprozess anschließend entwickelt. Es kommt darauf an, wie man ihn steuert. Ich stimme Kollegen Riester zu. Der Ansatz, den er gebracht hat, ist genau richtig. Wir müssen uns fragen, wo unsere Entwicklungspolitik insbesondere im Verhältnis zu anderen Akteuren ist. Was können wir bewirken angesichts einer Raubbau-Mentalität, die sich nicht nur auf das Öl bezieht, sondern eben auch auf die anderen Rohstoffe, auch wenn dort die Rendite nicht so groß ist. Wenn z.B. China Bedarf hat, interessiert sie in erster Linie, dass die den Rohstoff bekommen, den sie benötigen. Kollege Klimke und ich haben es gesehen, als wir über Sumatra geflogen sind. Dort konnte man genau auch sehen, bis wo eigentlich tatsächlich bis zum Ende des Bürgerkrieges die Möglichkeiten waren, Raubbau zu betreiben. An diesen Stellen waren die Flächen kahl und leer. Man konnte sehen, wo vorher die Bürgerkriegsgrenze war, denn dort begann man gerade mit dem Raubbau. Auch das konnte man sehen. Das sind dort nicht nur indonesische Unternehmen, sondern auch chinesische. Man muss denen auch vorhalten und sagen, dass wir dort eine gemeinsame Verantwortung haben und wir als Industrieländer nicht die „Reparaturbetriebe“ sind. Natürlich wird man sich dann die weitere Frage stellen können, ob und inwieweit wir mit solchen Ländern überhaupt noch Entwicklungszusammenarbeit weiterführen können, die sich als Akteure anbieten und sich selbst darstellen, als würden sie ihrerseits Entwicklungshilfe geben, die aber nur als Entwicklungshilfe im weitesten Sinne getarnt wird und die in Wirklichkeit Strukturinteressen oder Interessen der Geberländer vertreten und nicht den Entwicklungsansatz und erst recht nicht den Nachhaltigkeitsansatz.

Ein Aspekt betrifft die europäische Zusammenarbeit. Kollege Riester sagte, eine EU-Politik gebe es nicht. Es stellt sich die Frage, wie wir darauf mehr Einfluss nehmen können, damit die Europäische Union, Europe-Aid und alle dort tätigen Akteure sich als Geber stellen. Wir sollten auf diese Rolle der EU kommen. Damit sie auch korrigierend eingreifen kann und sie die gemeinsamen, auch die handelspolitischen Kräfte bündelt und einsetzt, um Korrekturen vorzunehmen, gerade weil die Europäische Union die Verhandlungsführung für die

Handlungspolitik hat. Somit bieten sich Möglichkeiten Entwicklungen zu steuern und auch Einfluss zu nehmen auf andere Akteure. Deshalb ist es erforderlich, dass die EU sich auf genau diese Kraft beschränkt und dass wir sie dort auch betreiben. Während der Präsidentschaft in der EU haben wir nur ein schmales Zeitfenster, um die Möglichkeit nutzen zu können. Gerne können wir dabei hilfreich sein, Impulse zu setzen und diese Chance zu nutzen. Soweit danke.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Königshaus. Ich bitte zunächst Herrn Harks um seine Stellungnahme und die Beantwortung der Fragen.

Herr Enno Harks: Danke, Herr Vorsitzender. Frau Koczy, es stimmt tatsächlich, dass ein unglaublicher Raubbau in Lateinamerika stattfindet. Ich wollte das nie bestreiten. Ich wollte sagen, dass die politischen und ökonomischen Konsequenzen, die heute die größten sind, tatsächlich von denen mit Rente ausgehen: Öl, Gas, Diamanten, Opium. Sie haben gefragt, ob nicht die Machtgleichgewichte heutzutage so sind, dass nicht mehr die Industrieländer die „Bösen“ in Lateinamerika sind, sondern zunehmend auch China und Indien. Ja, das ist tatsächlich so. Allerdings muss ich sagen, dass China und Indien ein bisschen schlecht dargestellt sind. Ich finde, dass das der unglaublichste Erfolg der Entwicklungspolitik der letzten Jahrhunderte gewesen ist. Immerhin besitzt China ein Viertel oder ein Fünftel der Weltbevölkerung. Ja, es ist richtig, dass sie heute mehr Ressourcen verbrauchen und sie uns welche wegnehmen. Aber immerhin entwickelt es ein Fünftel der Weltbevölkerung. Das ist ein Erfolg. Es ist gut, dass über die Hälfte der Weltbevölkerung auch zusätzlich auf den Ressourcenmarkt kommt. Das ist schlecht für die Umwelt und auch schlecht für unsere Interessen, aber gut für die Hälfte der Weltbevölkerung.

Zur Frage was man machen kann, wenn die Diskreditierung eines nachhaltigen Ansatzes in Afrika zur Wahl steht: Das ist ein sehr schwieriges Problem. Das einzige, das ich wirklich vor Augen habe, ist die Einbindung der großen Akteure China und Indien. Sie haben bestimmt davon gehört, dass bei der G8 China und Indien sowie Brasilien und Russland ausgeschlossen sind. Es ist ein großer Fehler, dass wir die heutigen wirklich relevanten *player* nicht einbinden; weder bei der Ressourcenpolitik noch bei anderer Politik. So gibt es z.B. die Internationale Energieagentur, der Club derjenigen, die bis heute 70% der Ressourcen brauchen, die aber in Zukunft auf ein Drittel fallen werden. Deshalb muss man unbedingt diejenigen in unser Normen- und Wertesystem einbinden, die dort heute noch nicht sind. Das ist ein großes Plädoyer für die Einbindung in den Rahmen der G8 und der OECD.

Frau Hänsel, im Irak sind keine Lizenzen verteilt worden bisher. Es ist weiterhin die nationale Ölgesellschaft, die dort Öl fördert und exportiert.

Zur Frage, ob die Entwicklungsländer darauf vorbereitet werden, dass das Öl bald zu Ende geht: Nein, sie werden nicht darauf vorbereitet. Leider ist es für die meisten Entwicklungsländer - in Afrika zum Beispiel die Elfebeinküste, Angola oder Nigeria – einfach auszurechnen, dass sie in 50 bis 70 Jahren immer noch Öl haben werden. Es geht woanders zu Ende. Kein Politiker versteht es, 70 Jahre vorher eine Handlung einzuleiten, besonders wenn man heute schon weiß, dass der Preis steigen wird, was bedeutet, dass die Einnahmen noch besser sein werden, als sie heute sind.

Am Schluss möchte ich noch ein kurzes Plädoyer halten bezüglich der Frage, was die Industrieländer mit ihrem eigenen Verbrauch machen können. Es ist absehbar, dass die nächste Generation der Bio-Kraftstoffe in der Biomasse vergast und verflüssigt wird nahe an der volkswirtschaftlich akzeptablen Kostengrenze liegen wird. Sie sind also tatsächlich im Rahmen, für das, was machbar ist. Es wird für das nächste Jahrzehnt geplant. 30 bis 40 Prozent des gesamten europäischen Ölverbrauchs können zu volkswirtschaftlich akzeptablen Kosten so eingespart werden. Das hat den großen Vorteil, dass es politisch machbar wäre, weil wir große transatlantische Agrarlobbys haben. Wir geben jedes Jahr 250 Mrd. Dollar nur für Agrar-Subventionen aus. Man könnte einen Teil davon nehmen und statt Milchseen, Kraftstoffe produzieren. Dies hätte den Vorteil, dass wir die Entwicklungsländer tatsächlich einbinden könnten mit einem anderen Export von Ressourcen, nämlich den Anbau von Weizen; eventuell subventioniert, aber auf jeden Fall nicht mehr nur Öl.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Cuno bitte.

Herr Cuno: Zunächst meine Antwort zu dem Machtungleichgewicht, das sich jetzt einstellt. Es gibt dieses Machtungleichgewicht. Es ist schwer, in einem globalen Markt und bei der gegenwärtigen Versorgungslage zu sehen, was man kurzfristig tun kann. Ich glaube, dass das, was getan werden muss zu tun hat mit Einbindung der großen Verbraucherländer, also Brasilien, Russland, Indien und China, in einen globalen Energieversorgungsdialog. Die Institution; die wir im Augenblick haben die IEA, ist ziemlich klein. Sie greift nur die OECD an und damit nicht die anderen großen Verbraucherländer. Auf der anderen Seite gibt es die OPEC und ich glaube, man muss zusehen, dass man auf internationaler Ebene zu einem Dialog kommt oder sogar eine Organisation findet, die diese Dinge aufgreift. Hiermit müssten eigentlich einhergehen eine Entwicklungs-, eine Energie- und eine außenpolitische Zusammenfassung dieser ganzen Sachverhalte, so dass diese Dinge gemeinsam

abgedeckt werden können. Es kann nicht sein, dass wir als Verbraucherländer den rohstoffreichen Entwicklungsländern sagen, dass wir ihre Juwelen wollen. Wir müssen uns auch für das Wohlergehen dieser Staaten einsetzen und hier muss es einen breiteren Ansatz in der Außenpolitik geben, der auch einschließt, was die Kapazitätenbildung, die breitere Entwicklung, Diversifikation und die Staatenbildung vorantreibt. Da geht es gleichermaßen um Kultur. Das ist auch gerichtet an Länder, die in unserer Nachbarschaft liegen, wie z.B. Russland. Nur wenn wir die Energiepolitik im Sinne der Außenpolitik auf eine breitere Basis stellen, können wir langfristig mehr Erfolg haben.

Ein anderes Thema ist das Engagement der Banken. Natürlich müssen auch die Banken mitwirken. Eigentlich müsste die gesamte Industrie mitwirken. Ich habe hier heute teilweise gehört, dass EITI eigentlich als etwas gesehen wird, was noch nicht richtig greift. Natürlich. Das ist richtig. Wenn sie sich das Instrumentarium ansehen, das wir haben, dann greift eigentlich noch nicht sehr viel. Wir haben sehr viele Instrumente. Die große Chance liegt letztendlich darin, diese Instrumente so zusammenzufassen, dass sie einen größeren Knüppel haben, als sie es vorher hatten. Das bedeutet, das EITI enger zusammenarbeiten muss, vielleicht sogar kombiniert wird mit der UN und auch mit dem Internationalen Währungsfonds. Das heißt, dass man dieser Initiative mit einer UN-Resolution nachhaltig wie beim Kimberley-Prozess, eine Unterstützung gewährt, damit sie sich entwickeln kann. EITI bedeutet nicht nur Transparenz und Standards. Es geht auch darum, die Voraussetzungen für die Zivilgesellschaft zu schaffen und den Staat zur Rechenschaft zu ziehen, wenn er das Geld und die Mittelverwendung nicht offen legt und nicht richtig führt. Insofern ist es eine Stärkung der Zivilgesellschaft und als solches eine wichtige Maßnahme. Sie wissen, dass die englische Regierung in dieser Beziehung bis zu 1,5 Mio. Pfund in einem Programm zur Verfügung stellt, um die Zivilgesellschaft zu stärken. Ohne die Zivilgesellschaft in diesen Ländern wird man wenig ausrichten können. Die Stärkung der Zivilgesellschaft durch Maßnahmen seitens der Bundesrepublik ist diesbezüglich außerordentlich wichtig.

Zum Thema Irak: Wir würden niemals in ein Land investieren, in dem Rechtsunsicherheit besteht und in dem das Volk nicht hinter diesen Investitionen steht

Zum Thema der regenerativen Energien möchte ich sagen, dass diese heute noch sehr viel teurer sind als Öl und Gas. Das ist das Problem. Wir sind tätig, regenerative Energien schnellstmöglich zu entwickeln. Für die Entwicklungsländer kann es nicht nur unter dem Aspekt eines Exportmarktes gesehen werden, sondern es muss natürlich auch unter dem entwicklungspolitischen Aspekt gesehen werden. Wir sind selbst sehr stark im Solarbereich engagiert. Derartige Dinge ergeben einen Sinn, wenn infrastrukturelle Investitionen nicht

anfallen und sie wirtschaftlich trotzdem z.B. mit Investitionen im Solarbereich in einem Entwicklungsland zur Energiebereitstellung helfen. Wir haben in dieser Hinsicht im Sinne von *corporate social responsibility* drei E's, die wir versuchen zu verfolgen: Das eine ist *access to energy*. Das zweite ist *education*, das hat alles zu tun mit *capacity building*. Und das dritte ist *simple enterprise*, das heißt die Förderung von Jobs und Unternehmertum in diesen Ländern.

Zur Korruption und zum Länderverhaltenskodex: Auch wenn wir die Chancen als relativ gering ansehen, ist es natürlich eine interessante Idee, dies einmal anzugehen.

Ich glaube, damit habe ich zumindest von meiner Seite her alles gesagt.

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank, Herr Cuno. Patrick Alley, bitte.

Patrick Alley (Global Witness): Vielen Dank. Zunächst einmal möchte ich den Mythos begraben, dass nur Öl, Gas, Diamanten und Opium wichtig sind. Der Krieg in der demokratischen Republik Kongo hat 3 bis 4 Mio. Menschen das Leben gekostet. Es war ein Krieg, bei dem es um natürliche Ressourcen ging. Öl hat dabei als Einflussfaktor kaum eine Rolle gespielt. Es ging um Diamanten, Coltan, Gold, Holz und Mineralien. Der Krieg in Sierra Leone, bei dem 100 000 Menschen ums Leben gekommen sind, ging um Diamanten. Der Krieg in Liberia 2001 bis 2003 wurde alleine durch Holz finanziert. Bei all diesen Kriegen war organisiertes Verbrechen involviert, wie z.B. die ukrainische Mafia. Viele der schlimmsten Kriege in den ärmsten Ländern der Welt, die zu den drei größten UN-Friedensinterventionen der Geschichte geführt haben, hatten mit Diamanten und anderen Rohstoffen zu tun, aber nicht mit Öl. Das muss ich betonen.

Frau Koczy, Sie haben nach Konfliktressourcen gefragt. Der Kongo ist ein gutes Beispiel. Dort ist kein Unternehmen strafrechtlich verfolgt worden, obwohl es ein Ressourcenkrieg gewesen ist. Es gibt keine Gesetze, die man international umsetzen könnte. Deswegen brauchen wir Gesetze, um sicherzustellen, dass Unternehmen nicht in solchen Regionen aktiv werden können. Man braucht also internationale Vereinbarungen darüber, was akzeptabel ist. Man braucht internationale Vereinbarung darüber, was eine Konfliktressource ist. Wir haben eine Definition entworfen, die natürlich vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen abgesegnet werden muss. Das kann nicht von allen Staaten einzelnen verfolgt werden.

Zum Thema des institutionellen Gedächtnisses: Wenn die Weltbank, der IWF, Deutschland, Großbritannien oder andere in ein Post-Konfliktland gehen, dann hängt unserer Erfahrung nach das, was passiert, davon ab, welche Personen vor Ort sind. Diese Organisationen gehen daraufhin in ein anderes Land, wo andere Individuen aktiv sind und man hat nicht miteinander gesprochen. Das kommt vor, dass es in der Weltbank intern nicht die beste Kommunikation gibt. Daraufhin gehen diese Organisationen in ein neues Land, dann hat man nichts daraus gelernt, was dieselbe Organisation vorher woanders gemacht hat. Das ist ein wichtiger Punkt. Man braucht ein institutionelles Gedächtnis, damit diese Institution bei Beginn ihrer Arbeit sich ansehen kann, wie das ein anderes Mal funktioniert hat oder nicht funktioniert hat. Man muss von diesen Erfahrungen lernen.

Die EITI-Initiative ist unserer Meinung nach zu schwach. Wir denken, dass es kein freiwilliges System sein darf. Wir sind der Ansicht, dass eine Regierung wie die der Bundesrepublik Deutschland Druck machen sollte, damit das verpflichtend wird.

Zur Frage der Zertifizierung von schmutzigem Öl und Gas. Es gibt Monitoring-Systeme und ich denke, wir sollten generell keine Ressourcen kaufen, die aus illegalen Geschäften hervorgegangen sind, wie beispielsweise in Turkmenistan, wo man es mit organisiertem Verbrechen zu tun hatte als eine Art Mittelsmann zwischen dem Gasproduzenten und dem Gaskäufer.

Herr Riester, sie hatten unter anderem gefragt, wie wir internationalen Druck auf China, Indien und andere ausüben können. Auch die EU kann Machtpolitik verfolgen, wenn sie mit einer Stimme spricht. Die EU ist ein sehr starker wirtschaftlicher Block und es geht hier tatsächlich um Machtpolitik. Man kann ja in Afrika sehen, wie unterschiedliche Länder, insbesondere China und die USA, sich in einigen Ländern Einfluss erkaufen. Darüber muss international gesprochen werden. Das muss als eine Art neuer Kolonialismus bezeichnet werden, damit bei einem Treffen des Sicherheitsrates diese auf die Tagesordnung gesetzt wird und damit publik wird. Es gibt natürlich auch Marktzwänge und Druck, der durch den Markt ausgeübt wird. China exportiert und wir sind die Konsumenten chinesischer Produkte. Und als Konsumenten haben wir, ob in Europa oder den USA, Macht, wenn wir sie koordinieren und nutzen. 40 Prozent der Holzimporte Chinas landen letztendlich alleine in den USA. Das bedeutet, dass in diesem Bereich sehr viel Druck ausgeübt werden kann.

Auch die Energiesicherheit ist hier ein wichtiges Thema. Wir haben darüber gesprochen, wie China und die USA um Öl und Gas im Wettbewerb stehen. Das könnte die Mutter aller

Ressourcenkriege in der Zukunft sein, wenn das Öl knapper wird. Das sollte uns allen zu denken geben.

Zum Thema der Beteiligung der Zivilgesellschaft: Sie beteiligen sich bereits. Das ist ein wichtiger Aspekt bei EITI, dass die Zivilgesellschaft ein wichtiger Teil des Prozesses ist und damit Teil des Monitoring-Mechanismus zwischen den Unternehmen und den Regierungen. Die Zivilgesellschaft versucht sicherzustellen, dass die Regeln eingehalten werden. Aber die Zivilgesellschaft braucht mehr Unterstützung, nicht nur technische und finanzielle Unterstützung, sondern auch moralische Unterstützung. Wir machen diese Erfahrung gerade in Kongo-Brazzaville, wo zwei *publish-what-you-pay* Aktivisten verhaftet worden sind und mit ungerechtfertigten Anklagen vor Gericht gestellt worden sind, und das kostet uns natürlich viel Zeit und Energie sie zu verteidigen. Es hat internationale Hilfe gegeben, aber wir brauchen hier einfach mehr Unterstützung.

Die Weltenergiesysteme müssen auch umstrukturiert werden. Ölunternehmen haben viel Geld und BP investiert sehr viel in erneuerbare Energien. Aber verglichen mit dem Geld, was ausgegeben wird für die Suche nach neuen Ölquellen, ist das ein vernachlässigbarer Anteil. Ich glaube, dass die Märkte großen Einfluss die Politik hatten. Wenn die erneuerbaren Energien billiger werden, werden sie interessanter aber es muss mehr getan werden. Die Unternehmen werden sich natürlich an den Kopf fassen, wenn sie sehen, dass China auf dem Markt der erneuerbaren Energien irgendwann die Hauptrolle spielen wird. Das wird ein riesiger Markt werden.

Wie sieht es aus mit dem Problem der Mentalität in verschiedenen Ländern, in denen die Regierung eine politische Richtung verfolgt, die wir nicht gutheißen? Hierbei ist Transparenz der Schlüssel und die lokale Zivilgesellschaft ist der Schlüssel zur Lösung der Probleme. Je mehr diese Themen in der Öffentlichkeit diskutiert werden, desto schwerer ist es für Regierungen mit korruptem Verhalten davonzukommen. Auch Länder wie Deutschland können etwas tun. Man kann auf verschiedene Organisationen Druck ausüben, zum Beispiel durch die Londoner Börse, oder die *securities and exchange commission* in New York, damit sichergestellt werden kann, dass überall gleiche Regeln gelten. *Publish-what-you-pay* ist hier eine wichtige Initiative. Auch internationale Organisationen wie die Weltbank und ähnliche können hier sehr viel tun. Wenn man sich beispielsweise den Tschad anschaut, wo sich die Weltbank die Aufgabe gesetzt hat, die Pipeline zu überwachen, nicht aber die Geldflüsse. Das ist natürlich ein Problem, weil nicht strukturiert genug vorgegangen wurde.

Zur Energiesicherheit in der Europäischen Union: Turkmenistan wurde angesprochen. Es wird Gas exportiert in die Ukraine, Russland und Deutschland. In diesem Bereich ist die

Energiesicherheit ein sehr viel wichtigeres Thema, als die Regierungsführung. Man hat eine korrupte Regierung, aber es geht um unsere Energieversorgung. Man muss hier einfach kohärenter vorgehen. Natürlich müssen wir auch mit China und Indien stärker zusammenarbeiten, um diese Probleme zu lösen.

Als letzten Punkt kann ich nur bereits Gesagtes wiederholen: Länder wie China treten als Geber auf, sind aber eigentlich Ausbeuter. China sorgt sich durchaus um die eigene Umwelt. Sie wollen aber Ressourcen und beteiligt sich an dem Rennen um Ressourcen. Ich möchte nicht China als einziges Land nennen, aber China ist sehr oft angesprochen worden. Ich hab da auch keine Antworten, wir suchen selber nach Antworten, wie man mit diesem großen Problem umgehen kann. Vielen Dank.

Vorsitzender: Herr Alley, Herr Cuno, Herr Harks, ich möchte mich ganz herzlich für Ihre Beiträge bedanken, Ich hatte den Eindruck, dass durch Ihre Beiträge und die Diskussion zumindest ein Problembewusstsein geschärft wurde und uns deutlich wurde, dass wir viel Arbeit vor uns haben, die wir also nicht alleine bewältigen können.

Im Oktober findet in Oslo die EITI-Jahreskonferenz statt. Das Bundeswirtschaftsministerium ist dort federführend, sodass wir die Anregung bekommen haben, dass wir im Namen des Ausschusses vor der Konferenz das BMWi um eine Stellungnahme bitten um zu wissen, welche Linie dort die Bundesregierung verfolgt. Also, noch einmal ein herzliches Dankeschön an alle drei, und alle, die diese Anhörung mit vorbereitet haben. Ich bin sicher, dass dieses Thema uns noch sehr oft beschäftigen wird.

Vorsitzender: Damit schließe ich die 19. Sitzung des AWZ.

Ende der Sitzung: 13.05 Uhr



Thilo Hoppe
Vorsitzender